

GROSSER RAT

GR.24.303

VORSTOSS

Antrag auf Direktbeschluss der Fraktion der SP (Sprecherin Mia Jenni, Obersiggenthal) vom 5. November 2024 betreffend Standesinitiative für eine nationale Industriepolitik, die eine sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft ermöglicht, namentlich im Bereich der produzierenden Industrie (Sektor 2), um den Werkplatz Schweiz langfristig zu erhalten

Text:

Der Kanton Aargau fordert den Bund mit einer Standesinitiative gemäss Art. 160 Abs. 1 Bundesverfassung (BV) auf, dass der Bund sich für eine nationale Industriepolitik einsetzen muss, die eine sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft ermöglicht, namentlich im Bereich der produzierenden Industrie (Sektor 2), um den Werkplatz Schweiz langfristig zu erhalten.

Begründung:

Werkstoffkreisläufe werden zunehmend unterbrochen. Dies, da Industrieunternehmen Niederlassungen und Produktionslinien schliessen müssen, weil die EU-Industriepolitik diese vom Markt verdrängt. So passiert jüngst bei der Stahl Gerlafingen oder der Vetropack.

Dies ist für die Arbeitenden und die Werkstoffkreisläufe fatal, da beispielsweise der Bedarf an Stahl, der bis dahin in Gerlafingen produziert werden konnte, nicht sinken wird. Entsprechend wird dieser aus den umliegenden Ländern importiert werden müssen, genauso wie der Schrott, aus welchem bisher der Stahl produziert wurde, exportiert werden muss. Diese logistische Herausforderung ist weder auf der Strasse noch zu Schiene stemmbar. Dazu kommt, dass kein europäisches Werk diesen Profilstahl so sauber herstellen kann, wie dies die Werke in der Schweiz tun.

Damit diese Entwicklung gestoppt oder rückgängig gemacht werden kann, braucht es auf nationaler Ebene eine Industriepolitik, die diese Kreisläufe und Industriearbeitsplätze konsequent schützt.